

ARBEITSMARKT

Jugendliche: Ziel verfehlt

Die Förderung arbeitsloser Jugendlicher im Zuge der Hartz-IV-Reform kommt nur schleppend voran. Laut Gesetz wollte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement allen unter 25-Jährigen bereits in diesem Jahr umgehend einen Arbeitsplatz, eine Ausbildung oder eine Beschäftigungsmaßnahme anbieten, wenn sie zu Hartz-IV-Beziehern werden. Doch dieses Ziel wird er kaum erreichen, wie aus einem internen Bericht der Bundesagentur für Arbeit an den Ressortchef hervorgeht. Danach ist die Zahl jugendlicher Arbeitslosengeld-II-Empfänger allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres von knapp 205 000 auf gut 255 000 gestiegen. Lediglich 70 000 junge Menschen nehmen derzeit an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil. Zudem lag der Anteil der Jobsuchenden unter 25



Lehrling, Clement

Jahren, die länger als drei Monate arbeitslos gemeldet sind, im Juni bei über 70 Prozent. Ursprünglich hatte Clements Ministerium geplant, dass bereits in diesem Jahr kein Jugendlicher länger als drei Monate im Status „arbeitslos“ verweilen soll. Nun sollen die Job-Center umgehend eine Vermittlungsoffensive starten, um die Jugendarbeitslosigkeit doch noch zu drücken.

THÜRINGEN PRESS / ACTION PRESS



Gasprom-Bohrstelle

ENERGIE

Texaner wollen gegen BASF klagen

Russlands Gasprom-Konzern hat Probleme, die BASF-Tochter Wintershall wie vereinbart an dem sibirischen Gasfeld Juschno-Russkoje zu beteiligen. Gegen die im April unterzeichnete Absichtserklärung, wonach BASF mit knapp 50 Prozent bei der Erschließung einsteigen soll, will die US-Explorationsgesellschaft Moncrief Oil klagen. Die Texaner behaupten, mit der Gasprom-Tochter Sapsibgasprom bereits 1997 ein Joint Venture vereinbart zu haben. Die Firma aus Fort Worth verlangt von Gasprom Schadensersatz in Milliardenhöhe und den Ausschluss neuer Partner. Gasprom und BASF sind aber zuversichtlich, dass Moncrief ihren Deal nicht mehr stören kann. In den Papieren von 1997 ist angeblich kein gemeinsamer Gerichtsstand vereinbart worden. Das Gericht in Texas, vor dem Moncrief Oil klagen will, wäre deshalb nicht zuständig. Bei einer Auseinandersetzung außerhalb der USA aber hätten die Texaner nach allgemeiner Meinung keine Chance, ihr Störmanöver erfolgreich durchzuführen. Gasprom gilt als außerordentlich wankelmütig, was Vertragsabschlüsse angeht.

BINNENSCHIFFFAHRT

Kein Geld für Wasserstraßen

Für den ökologisch interessantesten Verkehrsträger, die Binnenschifffahrt, geht der Bundesregierung das Geld aus – mit bislang unabsehbaren Folgen für die Sicherheit auf den Wasserstraßen. Laut einem internen Regierungspapier sind allein für den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur in den nächsten zehn Jahren jährlich rund eine halbe Milliarde Euro nötig. Zusammen mit den zwischen 1991 und 2005 zurückgestellten Ersatzinvestitionsmaßnahmen von insgesamt 2,5 Milliarden Euro veranschlagen Beamte des Verkehrsministeriums in den kommenden Jahren einen Finanzbedarf für den bloßen „Erhalt der Substanz“ in Höhe von rund 750 Millionen Euro. Ausweislich des Entwurfs des Bundeshaushalts stehen 2006 für die Investitionen in die Bundeswasserstraßen inklusive der zusätzlichen Mittel aus dem Verkehrsinfrastrukturprogramm aber nur rund 450 Millionen zur Verfügung. „Die Unterdotierung zwingt dazu, sich auf dringendste (sicherheitsrelevante) Ersatzinvestitionen und Maßnahmenabschnitte zu konzentrieren. Die damit erzwungene Verlängerung der Nutzungsdauer der Anlagen bis zum Äußersten birgt zusätzliche Risiken“, warnen die Autoren. Darüber hinaus könnten selbst „hochwirtschaftliche Maßnahmen“, etwa die Sanierung des Dortmund-Ems-Kanals, nicht begonnen werden.



Binnenschiff

WOLFGANG KUNZ / BILDERBERG